



Kommunaler Sozialverband Sachsen, Postfach 10 09 62, 04009 Leipzig

Frau  
Anja Birnbaum  
Wettiner Str. 5  
04105 Leipzig



**Fachbereich 4**

FD 420 - Widersprüche SGB IX/Elterngeld

Bearbeiter/-in: Herr Claus  
Telefon 0371 577 463

E-Mail: Andre.Claus@ksv-sachsen.de

Chemnitz, 25.04.2024

ID-TAG:

Ihre Nachricht vom

Ihr Zeichen

Anlage(n)

Aktenzeichen: 13/66/28112019/0077/1/11

**Durchführung des Bundeselterngeldgesetzes (BEEG)  
Für Ihr Kind Jona Birnbaum**

Sehr geehrte Frau Birnbaum,

mit E-Mail vom 07.01.2024 legten Sie Widerspruch gegen die Bescheide der Stadt Leipzig vom 28.12.2023 bzgl. der Durchführung des Bundeselterngeldgesetzes (BEEG) ein.

Gemäß § 78 Sozialgerichtsgesetz (SGG) ist durch die Widerspruchsbehörde, Kommunaler Sozialverband Sachsen, die Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit des Verwaltungsaktes zu überprüfen, wenn dem Widerspruch nicht oder nicht voll abgeholfen werden kann. Ihr Widerspruch liegt mir daher zur weiteren Prüfung vor.

Lassen Sie mich zunächst die rechtliche Lage erläutern:

Gemäß § 2d Abs. 2 BEEG sind bei der Ermittlung der im **Bemessungszeitraum, dem Einkommen vor der Geburt des Kindes**, als zu berücksichtigende Gewinneinkünfte die im entsprechenden Einkommenssteuerbescheid ausgewiesenen Gewinne anzusetzen. Hingegen ist nach § 2 Abs. 3 BEEG die zu berücksichtigenden Gewinneinkünfte **in den Bezugsmonaten** an Hand einer Gewinnermittlung, die mindestens den Anforderungen des § 4 Abs. 3 EStG entspricht zu ermitteln. Hier können als Betriebsausgaben 25 Prozent der zugrunde gelegten Einnahmen oder auf Antrag die damit zusammenhängenden tatsächlichen Betriebsausgaben angesetzt werden. D. h., dass Ihr Einkommen im Bezugszeitraum, nicht wie von Ihnen vorgeschlagen an Hand des Einkommensteuerbescheides ermittelt werden kann.

Das Bundessozialgericht hat bereits mit seinem Urteil B10 EG 5/17 R vom 13.12.2018 entschieden, dass aufgrund des Wortlautes des § 2d Abs. 3 Satz 1 BEEG das elterngeldrechtlich relevante Einkommen von Personengesellschaftern und Personengesellschafterinnen anhand einer Gewinnermittlung, die mindestens den Anforderungen nach § 4 Abs. 3 Einkommensteuergesetz entspricht zu erfolgen hat. Maßgebend ist somit der Gewinn, der im Bezugszeitraum tatsächlich zugeflossen ist.

Seite 1 / 2

Um über diesen Widerspruch entscheiden zu können, bitte ich Sie daher um Übersendung nachfolgend genannter Unterlagen in Kopie:

- Einnahme-Überschuss-Rechnung nach § 4 Abs. 3 EStG für den Bezugszeitraum des Basiselterngeldes vom 28.12.2019 bis 27.02.2020 und des Elterngeld Plus vom 28.02.2020 bis 27.08.2021 für Ihre **freiberufliche Tätigkeit**. Bitte beachten Sie, dass die Einkommen aus Erwerbstätigkeit in Monaten, in denen Sie **Basiselterngeld** in Anspruch nahmen und in Monaten, in denen Sie **Elterngeld Plus** in Anspruch nahmen, **getrennt zu berechnen** sind.

Ihre Bitte im Schreiben vom 22.02.2024, die eingereichte BWA aus der Akte zu entfernen, haben wir zur Kenntnis genommen. Wie oben geschildert, handelt es sich dabei jedoch um eine entscheidungsrelevante Unterlage, aufgrund derer die Höhe Ihres monatlichen Anspruches auf Elterngeld festgestellt wurde. Sollten Sie weiterhin darauf bestehen, dass diese nicht mehr Teil der Entscheidung über Ihr einkommensabhängiges Elterngeld ist, bitte ich Sie um eine dies bezügliche schriftliche Erklärung. Danach könnte Ihnen einkommensunabhängiges Elterngeld gewährt werden, das entsprechend der bisherigen Aufteilung der Bezugsarten als Basiselterngeld monatlich 300 EUR und als Elterngeld Plus 150 EUR beträgt. In diesem Falle wäre dann auch die o. g. noch benötigte Einnahme-Überschuss-Rechnung für Ihrer freiberufliche Tätigkeit entbehrlich.

Ich bitte Sie, mir die o. g. Unterlagen bzw. Angaben bis **31.05.2024** zu übermitteln.

Für Anfragen stehe ich Ihnen selbstverständlich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Claus  
Sachbearbeiter